



EUROBAROMETER 75

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUS DER SICHT DER EUROPÄISCHEN BÜRGER

Befragung: Mai 2011

Veröffentlichung: August 2011

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation im Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 75 Frühjahr 2011

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im
Auftrag der Europäischen Kommission -
Generaldirektion Kommunikation

Koordination der Umfrage durch die
Generaldirektion Kommunikation

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
1. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE KRISE	6
1.1 Die Wirtschaftskrise: Hat sie "ihren Höhepunkt schon erreicht" oder "steht das Schlimmste noch bevor"?	6
1.2 Die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Bewältigung der Krise	9
1.3 Initiativen, mit denen die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert werden kann.....	11
1.4 Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise	13
1.5 Eine Reform der globalen Finanzmärkte	15
1.6 Wer hat bei der Bekämpfung der Krise wirksam gehandelt?	16
2. EUROPA 2020	18
2.1 Wahrgenommene Bedeutung der EU-Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020	18
2.2 Meinungen zu den Zielen von Europa 2020.....	19
2.3 Bewegt sich die EU in die richtige Richtung?	23
SCHLUSSFOLGERUNGEN	24
TECHNISCHER HINWEIS	26

EINLEITUNG

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse der Befragungswelle 75 des Standard-Eurobarometer präsentiert, die vom 6. bis 26. Mai 2011¹ in 33 Ländern bzw. Gebieten durchgeführt wurde: Den 27 EU-Mitgliedstaaten, den fünf Beitrittskandidaten (Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, Island und Montenegro²) sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird.

Der Bericht stellt eine Auswahl von Fragen vor, die sich auf zwei verschiedene Themenbereiche beziehen: Der erste Themenbereich bezieht sich auf die Wirtschaftskrise und die diesbezüglichen Wahrnehmungen der europäischen Bürger, im zweiten wird die öffentliche Unterstützung für die Strategie Europa 2020 analysiert.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, inwieweit sich die Wahrnehmungen der Bürger seit der vorherigen Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2010 unter dem Eindruck der Bemühungen, die Wirtschaftskrise und die globalen Finanzmärkte in den Griff zu bekommen, generell verbessert haben. Die europäischen Bürger erwarten zunehmend, dass die EU alles unternimmt, um die Krise zu bewältigen und zukünftige Krisen zu vermeiden. Gleichmaßen sind sie davon überzeugt, dass die verschiedenen Ziele der Europa 2020 Strategie erreichbar sind.

In der Frühjahrs-Umfrage 2011 wird deutlich, dass die wirtschaftliche Erholung, die sich erstmals in der Eurobarometer-Herbstumfrage bemerkbar gemacht hatte, mittlerweile an Stärke gewinnt. Das EU27-Bruttoinlandsprodukt stieg innerhalb des ersten Quartals 2011 um 0,8% und liegt mittlerweile im Jahresvergleich um ganze +2,5 Punkte³ höher. Darüber hinaus fiel die Arbeitslosenrate von 9,7% im April 2010 auf 9,4% im April 2011⁴.

Die Umfrage zeigt, dass es innerhalb der EU große Differenzen dahingehend gibt, mit welcher Geschwindigkeit sich die wirtschaftliche Erholung in den einzelnen Ländern artikuliert. In Deutschland, auf Malta und in Schweden fiel die Arbeitslosenrate seit April 2010 um einen Prozentpunkt oder mehr, während sie gleichzeitig in Bulgarien, Irland, auf Zypern, in Portugal und Slowenien um mehr als einen Prozentpunkt anstieg. Diese Zahlen werden vom vorliegenden Eurobarometer bestätigt: Jenseits des positiven Trends auf EU-Ebene sind nach wie vor Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sichtbar. Während manche Mitgliedstaaten inzwischen einen Weg aus der Krise gefunden haben, befinden sich andere immer noch in der Rezession.

¹ Die genauen Angaben zu den Befragungszeiträumen in den einzelnen Ländern können im Anhang im technischen Hinweis eingesehen werden.

² Montenegro hat seit Dezember 2010 den Status eines Kandidatenlandes. Bürger aus diesem Land werden zum ersten Mal im Rahmen des vorliegenden Eurobarometer befragt.

³ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-13052011-AP/EN/2-13052011-AP-EN.PDF

⁴ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31052011-BP/EN/3-31052011-BP-EN.PDF

Trotz dieser Unterschiede stimmen die Bürger der meisten Mitgliedstaaten darin überein, dass die Europäische Union eine grössere Rolle bei der Bewältigung der Krise und bei der Reform der globalen Finanzsysteme spielen sollte.

Der Bericht beschäftigt sich mit den Ergebnissen aus den EU27-Mitgliedstaaten und ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil geht es um Fragen zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und zur wirtschaftspolitischen Steuerung, um einen Weg aus der Krise zu finden, zu Maßnahmen, um die Kontrolle der Finanzmärkte zu verbessern, und darum, wie die Bürger die jeweilige Rolle der verschiedenen globalen Akteure wahrnehmen.

Im zweiten Teil wird untersucht, welche Meinungen die europäischen Bürger bezüglich der Strategie Europa 2020 vertreten: Welche Bedeutung haben die verschiedenen Initiativen der Strategie? Können deren Ziele überhaupt erreicht werden? Befindet sich die Europäische Union auf dem richtigen Weg, um die Krise zu überwinden und die neuen globalen Herausforderungen zu meistern?

Viele dieser Fragen wurden auch schon in vorherigen Eurobarometer-Umfragen gestellt und die entsprechenden Trends können somit verdeutlicht werden.

* * *

Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und Verfassen von Reden“) für Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden auch die angewandte Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben⁵.

Die Eurobarometer-Website ist unter der folgenden Adresse abrufbar:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Wir möchten an dieser Stelle allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen.

* * *

⁵ Die Ergebnistabellen sind ebenfalls im Anhang zu finden. Bitte beachten Sie, dass die in den Tabellen dieses Berichts enthaltene Summe der Prozentsätze mehr als 100% betragen kann, wenn bei einer Frage Mehrfachantworten zulässig sind.

Die Länder sind in diesem Bericht mit ihren amtlichen Abkürzungen angeführt. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen sind:

ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht/Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern*
CY (tcc)	Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SL	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien**
IS	Island
ME	Montenegro

* Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der „gemeinschaftliche Besitzstand“ („*acquis communautaire*“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews wurden unter der Kategorie „CY(tcc)“ ausgewiesen [tcc: *Turkish Cypriot Community, dt. türkisch-zyprische Gemeinschaft*].

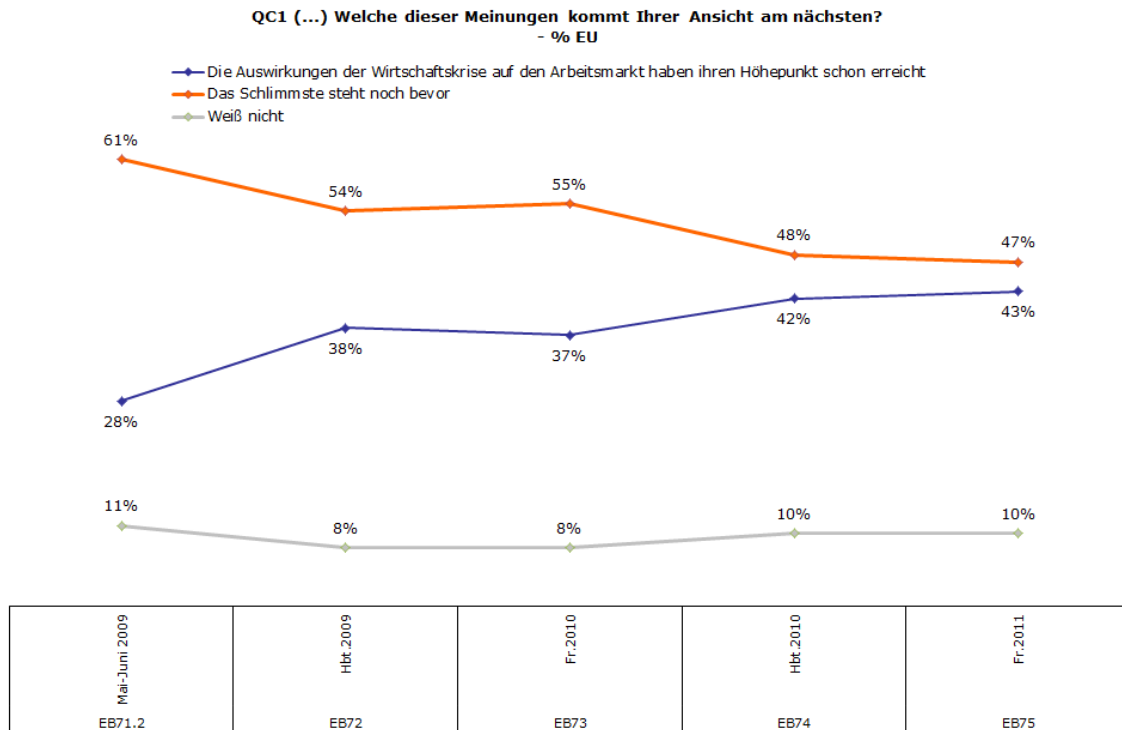
** Vorläufiger Code, der keinesfalls die definitive Nomenklatur für dieses Land vorgibt. Dieser wird nach Abschluss der gegenwärtig bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbart.

1. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE KRISE

1.1 Die Wirtschaftskrise: Hat sie "ihren Höhepunkt schon erreicht" oder "steht das Schlimmste noch bevor"?

- Die sich im letzten Herbst abzeichnende deutliche Zunahme positiver Meinungen bestätigt sich -

Die europäische öffentliche Meinung bleibt in Bezug auf die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt stabil: 43% (+1) der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben⁶. Die Umfrage zeigt eine Rückkehr des Optimismus. Mittlerweile geben weniger Befragte an, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Der seit Frühjahr 2009 feststellbare positive Trend gewinnt an Boden.

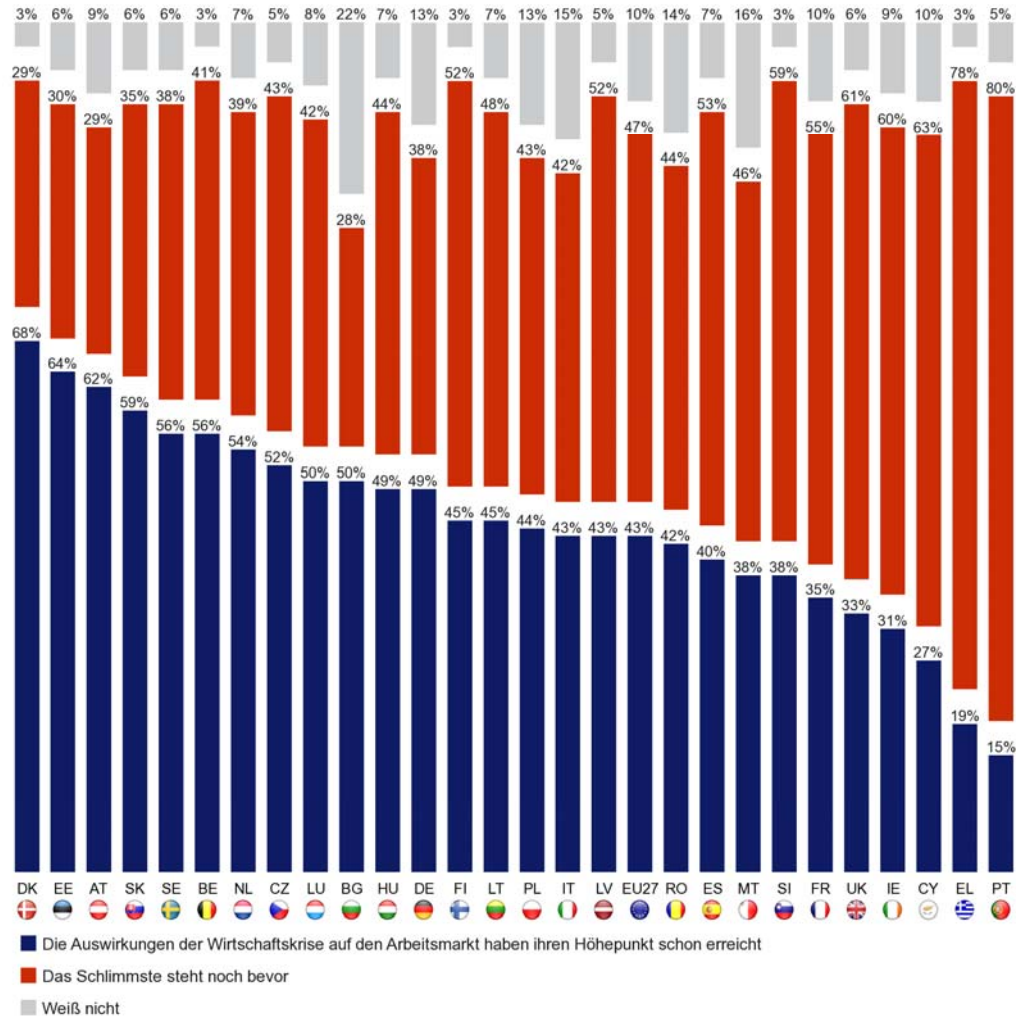


Zu dieser Frage stellen wir erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten fest. Die Überzeugung, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben, wird in 14 Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Befragten vertreten. Dies gilt insbesondere in Dänemark (68%), Estland (64%) und Österreich (62%).





























⁶ QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

In 13 Mitgliedstaaten wird mehrheitlich die entgegengesetzte Meinung unterstützt: Dies gilt mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit für Portugal (80%) und Griechenland (78%).

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



Seit Herbst 2010 hat sich die Kluft zwischen Mitgliedstaaten, in denen die öffentliche Meinung auf dem Standpunkt steht, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hätten ihren Höhepunkt schon erreicht, und jenen, in denen behauptet wird, das Schlimmste stünde noch bevor, vergrößert: Der Anteil optimistischer Befragter schwankt derzeit zwischen 15% und 68%; in der vorherigen Umfrage reichte er noch von 20% bis 58%. Generell bedeutet dies, dass sich die Situation in den "optimistischen Ländern" verbessert und in den "pessimistischen Ländern" verschlechtert hat. Im oberen Bereich der Skala hat der Optimismus in Dänemark (68%, +12), Estland (64%, +6) und Österreich (62%, +6) zugenommen. Auch für Rumänien (42%, +13) und Irland (31%, +10) können wir erhebliche Verbesserungen feststellen. Auf der anderen Seite hat sich seit Herbst 2010 die Situation in Portugal (15%, -5) und Griechenland (19%, -3) erheblich verschlechtert; die höchsten Rückgänge verzeichnen wir auf Malta (38%, -9) und in Finnland (45%, -7).

 RO	42%	+13
 DK	68%	+12
 IE	31%	+10
 EE	64%	+6
 BE	56%	+5
 ES	40%	+5
 SI	38%	+5
 UK	33%	+5
 AT	62%	+4
 SK	59%	+4
 LU	50%	+3
 FR	35%	+2
 PL	44%	+1
 EU27	43%	+1
 CZ	52%	=
 LT	45%	=
 IT	43%	=
 CY	27%	=
 LV	43%	-1
 SE	56%	-2
 NL	54%	-3
 EL	19%	-3
 BG	50%	-5
 HU	49%	-5
 PT	15%	-5
 DE	49%	-6
 FI	45%	-7
 MT	38%	-9

Frage: QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

Antworten: Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht



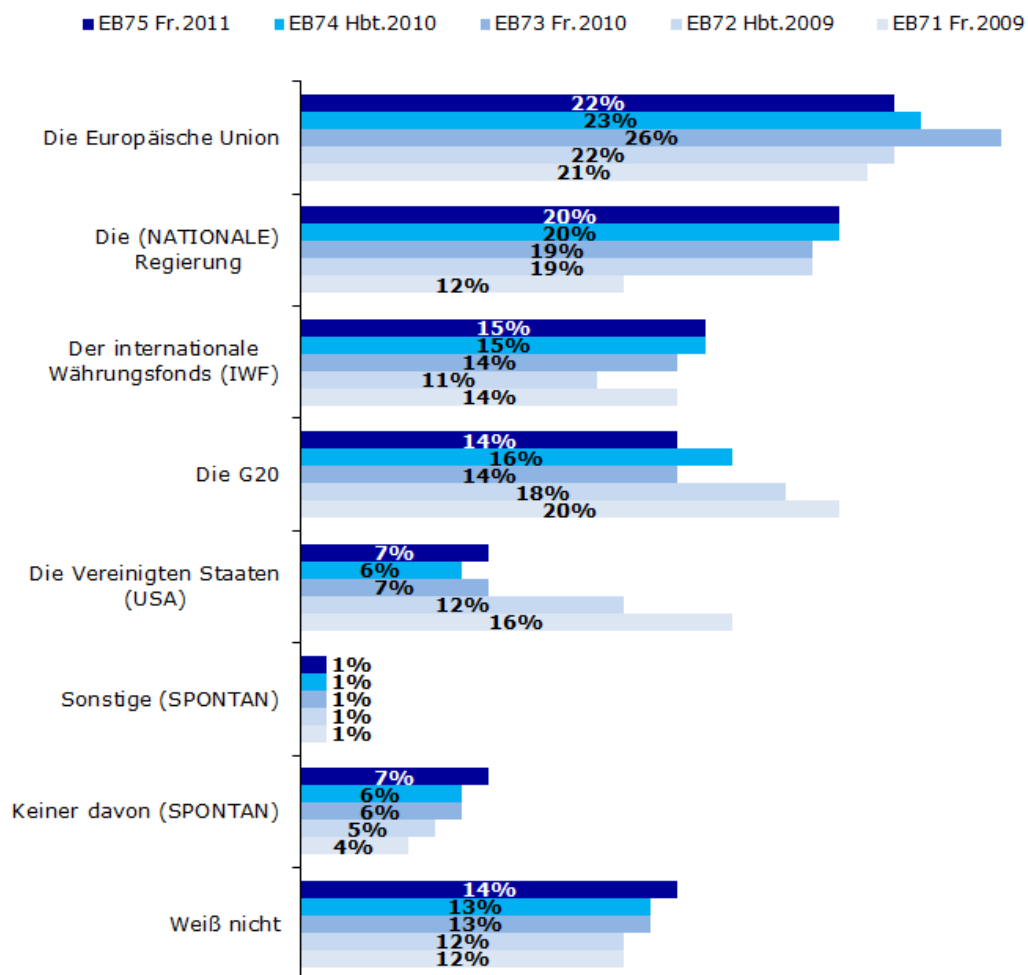
Befragte aus unterschiedlichen sozio-ökonomischen Kategorien nehmen die Krise unterschiedlich wahr. Eine Mehrheit europäischer Bürger, die zu den besser gestellten sozio-ökonomischen Kategorien gehört, vertritt die Ansicht, dass die Krise ihren Höhepunkt schon erreicht hat. Demgegenüber ist nur eine Minderheit der Menschen, die in weniger stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, derselben Meinung: 51% der Führungskräfte, 48% derjenigen, die nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben und 53% der europäischen Bürger, die sich selbst auf der sozialen Leiter oben positionieren, sind optimistisch eingestellt, im Vergleich zu 34% der Arbeitslosen, 27% der Befragten, die häufig Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, sowie 31% derjenigen, die sich in der sozialen Hierarchie weiter unten positionieren. Die Differenz zwischen den optimistischen und den pessimistischen Kategorien hat sich seit Herbst 2010 vergrößert.

1.2 Die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Bewältigung der Krise

- Die EU ist nach wie vor am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen -

In Bezug darauf, welche Akteure nach Ansicht der Bürger am besten in der Lage sind, wirksame Massnahmen zu ergreifen, haben sich seit der vorherigen Umfrage im Herbst 2010 nahezu keine Veränderungen ergeben: Die EU wird erneut auf den ersten Platz gewählt (22%, -1 Punkt)⁷, dicht gefolgt von den nationalen Regierungen (20%, unverändert). Die G20 (14%, -2) haben ihren dritten Platz an den Internationalen Währungsfonds abgegeben (15%, unverändert). Die Vereinigten Staaten schließlich kommen seit Frühjahr (EB73) zum dritten Mal in Folge auf einen Platz hinter den internationalen Organisationen.

QC3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen? - %EU



⁷ QC3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?

Die Antworten unterscheiden sich zwischen den Befragten aus Mitgliedstaaten der Eurozone und den übrigen Mitgliedstaaten: Befragte aus der Eurozone wählen in erster Linie die EU (23%), während Befragte aus den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören, noch vor der EU (20%) die nationale Regierung (24%) angeben.

Auch wenn zwischen der EU (22%) und der nationalen Regierung (20%) auf europäischer Ebene nur eine Differenz von zwei Prozentpunkten liegt, wird die Ansicht, dass die EU am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen, in 16 Mitgliedstaaten von einer Mehrheit unterstützt.

Die EU wird am häufigsten in Griechenland, Luxemburg und Polen (jeweils 34% in diesen drei Mitgliedstaaten) genannt.

Die Befragten auf Malta (39%), im Vereinigten Königreich (35%), in Schweden (35%) und in Frankreich (21%) vertrauen am ehesten ihren **nationalen Regierungen**.

In Finnland (33%) und Deutschland (21%) wird **der IWF** am häufigsten als Akteur angesehen, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Krise zu ergreifen.

In vier Ländern schließlich wählen die Befragten **die G20** auf den ersten Platz: Dies gilt für die Tschechische Republik (42%), die Niederlande (32%), Litauen und Dänemark (24% in beiden Ländern). In Ungarn sprechen sich die Befragten in gleich großen Anteilen für die G20 und die EU als jene Akteure aus, die am besten in der Lage sind, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen (jeweils 25%).

In Bezug auf Veränderungen seit dem Herbst 2010, hat die EU in drei Mitgliedstaaten ihren ersten Platz verloren: In Frankreich (EU, 18%, -4; nationale Regierung, 21%, +4), Deutschland (EU, 20%, -2; IWF, 21%, +3) und auf Malta (EU, 25%, -6; nationale Regierung, 39%, +13). Demgegenüber wird die EU mittlerweile in Rumänien (EU, 27%, unverändert) als derjenige Akteur angesehen, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen.

1.3 Initiativen, mit denen die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert werden kann

- Die Förderung von Bildung und beruflicher Weiterbildung wird als wirksamste Initiative zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft angesehen -

QC5. Welche drei Initiativen könnten am meisten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen?



Auf die Frage, wie am besten zur Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beigetragen werden könnte, messen die europäischen Bürger der Bildung und beruflicher Weiterbildung besonders große Bedeutung bei. **Die Förderung von Bildung und beruflicher Weiterbildung wird am häufigsten als Initiative gewählt, die zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen könnte.** Mehr als die Hälfte der Befragten (48%, +1 seit Herbst 2010) sind der Ansicht, dass diese Initiative vorrangig wäre. Zwei weitere Initiativen werden von

geringfügig mehr als einem Drittel der Befragten gewählt: Die Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung (34%, -1) und die Erleichterung der Gründung von Unternehmen (34%, +1).

Vier Initiativen werden von einem Fünftel oder mehr der europäischen Bürger genannt: In Forschung und Entwicklung investieren (29%, -1), Energie effizienter nutzen (25%, +4), die Regulierung der Finanzmärkte verstärken (21%, -3), Unternehmen den Zugang zu Krediten erleichtern (20%, -1). Alle anderen Initiativen werden von einem Anteil von weniger als 15% der Befragten genannt.

Zwischen den Befragten aus Mitgliedstaaten, die schon vor den Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007⁸ (die EU15 Länder) zur EU gehörten, und den Befragten aus den übrigen Ländern⁹ (NMS12) stellen wir deutliche Unterschiede fest. Befragte aus der ersten Gruppe wählen mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit die folgenden drei Initiativen:

- Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern: 50% gegenüber 39%;
- Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung: 35% gegenüber 29%;
- In Forschung und Entwicklung investieren: 30% gegenüber 22%.

In den NMS12 wird hingegen die Initiative, nach welcher Investitionen im Verkehrsbereich vorzunehmen sind (Autobahnen, Eisenbahnen etc.), weitaus häufiger gewählt (18%), als in den EU15-Ländern (10%).

So wie auf Länderebene gibt es auch zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Differenzen: **Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern** wird in 18 Mitgliedstaaten als Initiative angesehen, die am meisten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen könnte. Besonders häufig wird diese Initiative auf Zypern (63%), in Deutschland (60%), Dänemark und Schweden (jeweils 54%) genannt.

Die Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung wird am häufigsten in Griechenland (50%), Ungarn (47%), Finnland und Slowenien (jeweils 45%) sowie der Tschechischen Republik (44%) gewählt. Befragte auf Zypern entscheiden sich ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit für diese Initiative (49%); hier wird sie allerdings nicht auf den ersten Platz gewählt.

Befragte in Litauen (53%), Bulgarien (52%) und Spanien sind am häufigsten der Ansicht, dass Initiativen für **eine Erleichterung der Gründung von Unternehmen** am meisten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen würden.

⁸ Die "EU15 Länder" sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

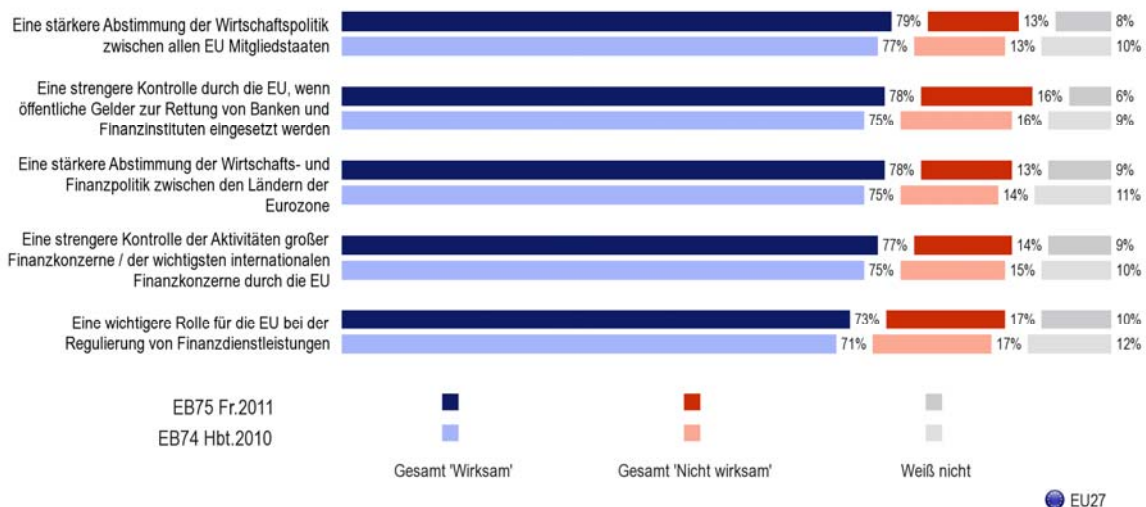
⁹ Die Länder, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind: Tschechische Republik, Estland, Republik Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei. Länder, die im Jahre 2007 beigetreten sind: Bulgarien und Rumänien. Diese Länder bilden die Gruppe der "NMS12" (Neue Mitgliedstaaten).

1.4 Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

- Eine stärkere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und eine wichtigere Rolle für die EU werden als wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise angesehen -

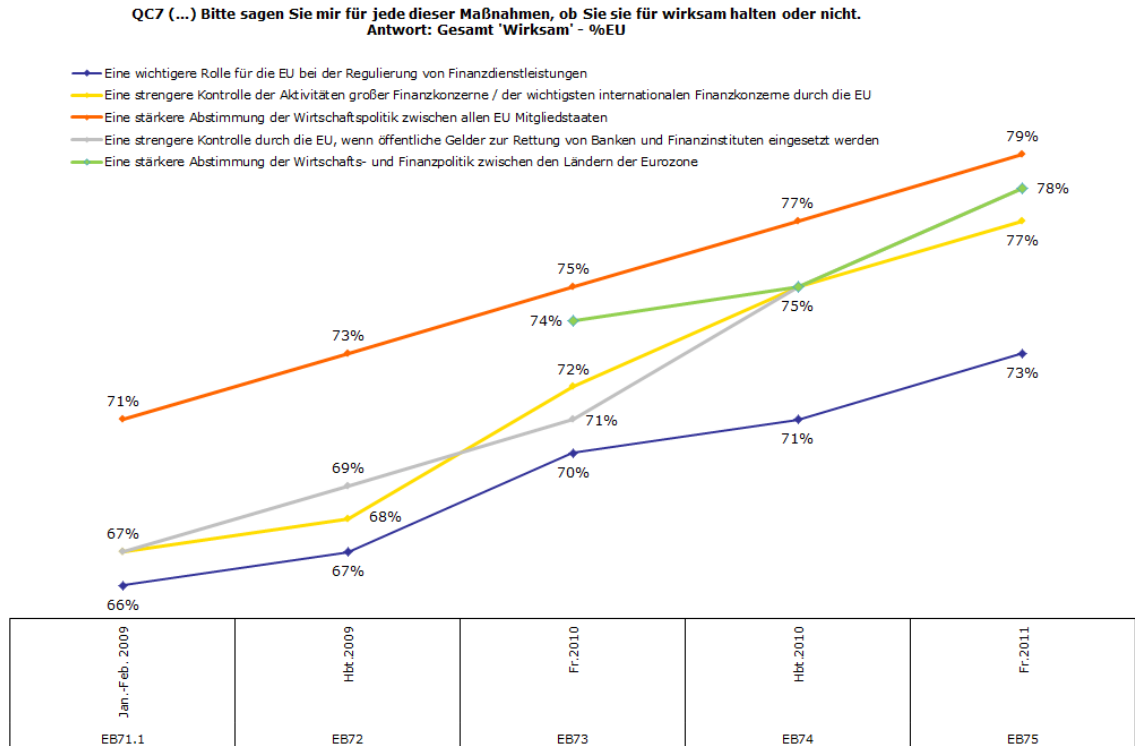
Die europäischen Bürger zeigen erneut ein hohes Maß an Vertrauen in die Wirksamkeit von einer Reihe von Maßnahmen, die derzeit innerhalb der europäischen Institutionen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert werden: **Alle vorgeschlagenen Maßnahmen werden von mehr als sieben von zehn europäischen Bürgern als wirksam beurteilt.**

QC7. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten.



Die diesbezüglich geäußerten Meinungen haben sich seit der vorherigen Umfrage in allen abgefragten Bereichen verstärkt¹⁰. Dies folgt einem generellen Trend: **Seit Januar-Februar 2009 nimmt der Anteil europäischer Bürger, die davon überzeugt sind, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen die Krise wirksam bekämpfen können, kontinuierlich zu.**

¹⁰ QC7 Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen für wie wirksam Sie sie halten.



Mittlerweile wird von mehr als drei Viertel der europäischen Bürger eine stärkere politische Abstimmung zwischen allen EU Mitgliedstaaten gewünscht; und zwar innerhalb der EU insgesamt (79%, +2 Punkte seit Herbst 2010; +8 Punkte seit Januar-Februar 2009) wie auch in der Eurozone (78%, +3 Punkte seit Herbst 2010; +4 Punkte seit Frühjahr 2010).

Die europäischen Bürger erwarten darüber hinaus, dass die EU eine wichtigere Rolle bei der Bekämpfung der Krise spielt: Dies indem sie eine strengere Kontrolle über die Aktivitäten großer Finanzkonzerne / der wichtigsten internationalen Finanzkonzerne ausübt (77%, +2 Punkte seit Herbst 2010; +10 Punkte seit Januar-Februar 2009) sowie für den Fall, dass öffentliche Gelder zur Rettung von Banken und Finanzinstituten eingesetzt werden (78%, +3; +11). Eine wichtigere Rolle für die EU wird überdies bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen gewünscht (73%, +2; +7).

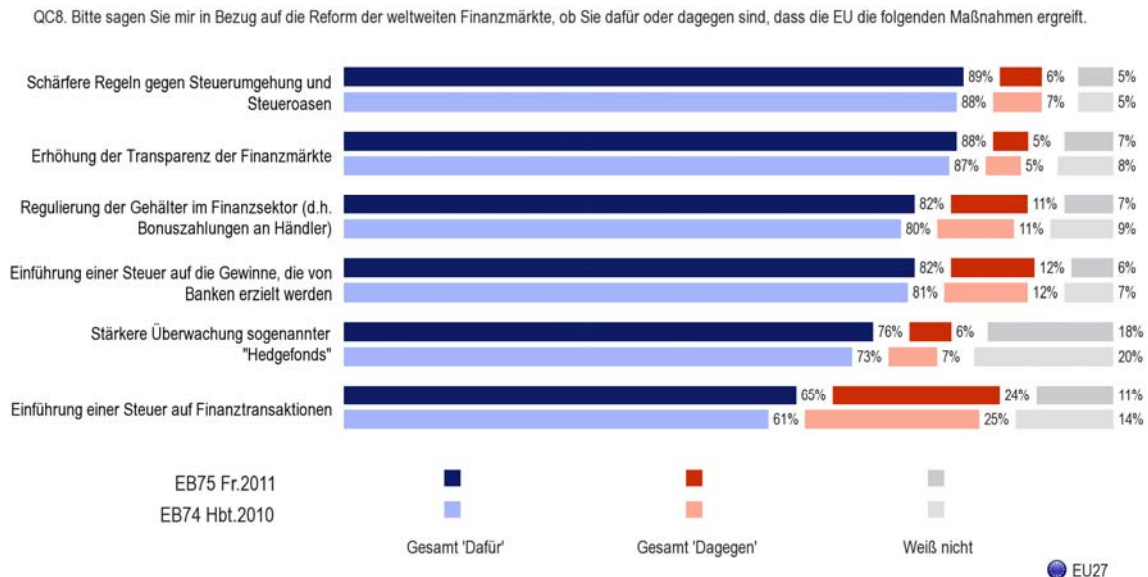
Der Ländervergleich verdeutlicht, dass auf Zypern, in der Slowakei, Belgien und Spanien die höchsten Anteile Befragter verzeichnet werden, die von der Wirksamkeit dieser Maßnahmen überzeugt sind. Gleichzeitig sind die Bürger des Vereinigten Königreichs, Estlands, Litauens und Schwedens hiervon am wenigsten beeindruckt. **In allen Mitgliedstaaten ist allerdings eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam wären.**

Auch wenn die Befragten im Vereinigten Königreich die fünf unterschiedlichen Maßnahmen mit der geringsten Wahrscheinlichkeit für wirksam halten, möchten wir diesbezüglich auf eine interessante positive Entwicklung aufmerksam machen: Die Unterstützungswerte haben hier seit Herbst 2010 für alle fünf Maßnahmen erheblich zugenommen (und zwar um 7 Punkte oder mehr).

1.5 Eine Reform der globalen Finanzmärkte

- Die ohnehin starke Unterstützung für die verschiedenen Maßnahmen, die in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte ergriffen werden sollen, ist leicht angestiegen -

Die europäischen Bürger sind offenbar davon überzeugt, dass es einer Reform der globalen Finanzmärkte bedarf: Sie **unterstützen in deutlicher Weise die verschiedenen Maßnahmen, die die EU diesbezüglich ergreifen könnte; seit Herbst 2010 sind die Anteile der Befragten, die alle vorgeschlagenen Maßnahmen befürworten, sogar leicht angestiegen**¹¹. Am deutlichsten werden hierbei die schärferen Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen (89%, +1 seit Herbst 2010) sowie eine Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte (88%, +1) unterstützt. Auch die Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Börsenhändler) (82%, +2) sowie die Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden (82%, +1), werden von mehr als acht von zehn europäischen Bürgern befürwortet.



¹¹ QC8 Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.

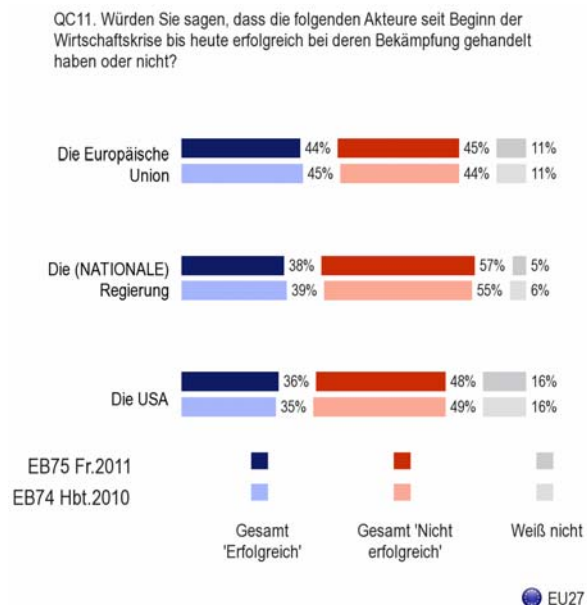
Mehr als drei Viertel der europäischen Bürger sprechen sich für eine stärkere Überwachung sogenannter "Hedgefonds" aus (76%, +3), wobei der Anteil Befragter, die auf diese Frage mit ‚Weiss nicht‘ antworten, bei dieser Maßnahme besonders hoch ausfällt (18%, -2).

Wie wir schon in der vorherigen Umfrage im Herbst 2010 feststellen konnten, wird die Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden, weniger deutlich unterstützt: Dennoch befürworten 65% der europäischen Bürger diesen Vorschlag und die hierfür festgestellten Anteile sind deutlicher angestiegen, als bei allen anderen Maßnahmen, die den Befragten vorgeschlagen wurden (+4). Seit der Herbstumfrage 2010 sind in 22 der 27 Mitgliedstaaten die Anteile der Befragten, die diese Maßnahme befürworten, angestiegen.

Der Trend geht somit zunehmend dahin, dass die Bürger die Maßnahmen der europäischen Institutionen unterstützen; und zwar sowohl die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise als auch diejenigen zur Regulierung der weltweiten Finanzmärkte.

1.6 Wer hat bei der Bekämpfung der Krise wirksam gehandelt?

- Die europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Europäische Union seit Beginn der Krise wirksamer als die nationalen Regierungen oder die Vereinigten Staaten gehandelt hat -



Die Art und Weise, wie die nationalen Regierungen seit Beginn der Krise bei deren Bekämpfung gehandelt haben, wird von den europäischen Bürgern ausgesprochen kritisch bewertet: 57% (+2 Punkte seit Herbst 2010) der Befragten vertreten die Meinung, dass nicht wirksam gehandelt wurde (im Vergleich zu 38%, die erklären, die Regierungen hätten wirksam gehandelt, - 1)¹². Wenn es um die Maßnahmen der EU geht, ist die europäische öffentliche Meinung sehr viel gleichmässiger in zwei Lager geteilt: Während eine äußerst knappe Mehrheit die Ansicht vertritt, dass die EU nicht wirksam gehandelt hat (45%, +1), unterstützt ein ähnlich hoher Anteil die gegensätzliche Meinung (44%, -1).

¹² QC11 Würden Sie sagen, dass die folgenden Akteure seit Beginn der Wirtschaftskrise bis heute erfolgreich bei deren Bekämpfung gehandelt haben oder nicht?

Schliesslich erklärt nur geringfügig mehr als ein Drittel der europäischen Bürger, dass die Vereinigten Staaten erfolgreich bei der Bekämpfung der Krise gehandelt haben (36%, +1 gegenüber 48%, -1). Eine Mehrheit der europäischen Bürger ist zwar davon überzeugt, dass keiner der drei Akteure wirksam gehandelt hat, **die EU wird allerdings nach wie vor als erfolgreichster Akteur angesehen.**

Auch wenn die Meinungen über die Maßnahmen der EU offenbar geteilt sind, zeigt eine genauere Analyse der Ergebnisse, dass sich die Bürger in 14 Mitgliedstaaten positiv über ihre Rolle äussern: Eine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die Europäische Union bei der Bekämpfung der Krise wirksam gehandelt hat. Anerkennung finden die Auswirkungen der Maßnahmen der EU in besonderem Maße in Rumänien (68%), Bulgarien (62%) und Belgien (60%)¹³.

Demgegenüber beurteilt eine Mehrheit der Befragten in 12 Mitgliedstaaten die Maßnahmen der EU kritisch, insbesondere in Griechenland (75% "nicht erfolgreich") und auf Zypern (66%). In der Tschechischen Republik ist die öffentliche Meinung diesbezüglich gespalten (46% gegenüber 46%). Ähnliches gilt für Deutschland: Hier sind die Meinungen ebenfalls in zwei fast gleich große Lager aufgeteilt (45% gegenüber 46%).

¹³ Dies gilt auch für Luxemburg (57%), Polen (56%), die Slowakei (54%), Malta (54%), Österreich (53%), Dänemark (52%), Litauen (52%), Italien (48%), die Niederlande (48%), Estland (48%) und Irland (45%).

2. EUROPA 2020

2.1 Wahrgenommene Bedeutung der EU-Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020

- Die ohnehin starke öffentliche Unterstützung für die EU-Initiativen, mit denen Europa für die Zukunft gerüstet werden soll, hat sich seit Frühjahr 2010 verstärkt -

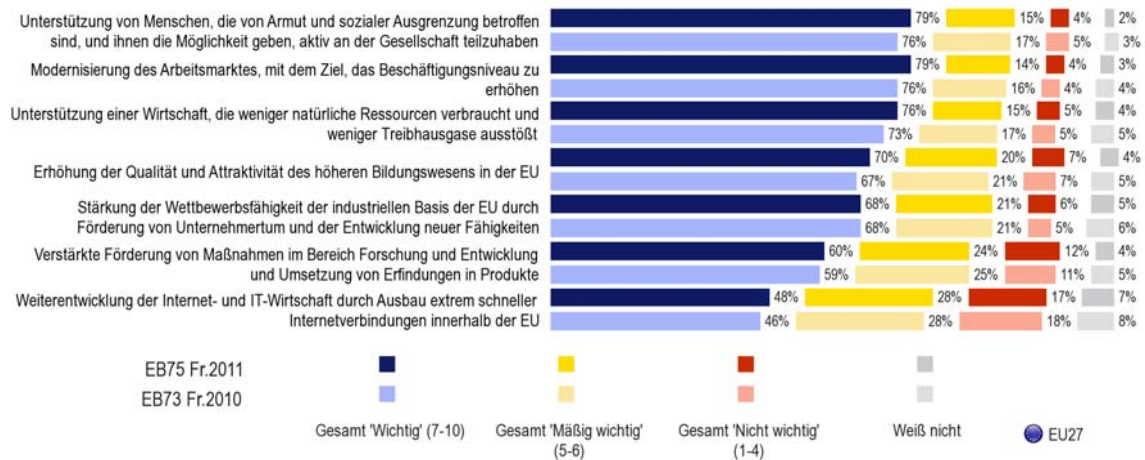
Mit der Strategie Europa 2020, die im März 2010 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde, soll die Wirtschaft der EU für das kommende Jahrzehnt gerüstet werden¹⁴. Diese Strategie wird **voll und ganz von den europäischen Bürgern unterstützt: Alle sieben strategischen Initiativen werden als wichtig bewertet.**

Drei der Initiativen werden von mehr als drei Viertel der europäischen Bürger als wichtig eingestuft: "Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben" (79% wichtig, +3 im Vergleich zum Eurobarometer 73 im Frühjahr 2010) und "Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen" (79%, +3) belegen die ersten Plätze. Hier bestätigt sich, dass die europäische öffentliche Meinung dem Arbeitsmarkt und dem Kampf gegen soziale Ausgrenzung offenbar viel Bedeutung beimisst. Nahezu gleich viele europäische Bürger (76%, +3) sind davon überzeugt, dass die Schaffung einer nachhaltigeren Wirtschaft ebenfalls eine wichtige Initiative darstellt. Als nächstes folgen zwei Initiativen, die von annähernd sieben von zehn europäischen Bürgern als wichtig eingeschätzt werden: "Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU" (70%, +3) und "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten" (68%, unverändert). Ein geringfügig niedrigerer Anteil europäischer Bürger ist der Ansicht, dass eine "verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte" ebenfalls eine wichtige EU-Initiative darstellt, damit die EU einen Ausweg aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise findet (60%, +1). Das geringste Interesse scheint die europäische öffentliche Meinung der Initiative entgegenzubringen, die die "Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU" (48%, +2) zum Ziel hat.

Ausgehend von diesem Maß an Unterstützung, welches im Laufe des vergangenen Jahres sogar noch angestiegen ist, lässt sich schließen, dass die europäischen Bürger die von der Europäischen Kommission in der Strategie Europa 2020 gesetzten Ziele zunehmend befürworten.

¹⁴ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/225>

QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.



Fünf der sieben Initiativen werden von einer absoluten Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten als wichtig eingestuft.

Nach Ansicht der Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten ist eine **"verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte"** eine wichtige Initiative. Die einzige Ausnahme hiervon bildet das Vereinigte Königreich (47%).

In Bezug auf die Initiative für eine **Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft** stellen wir die größten Unterschiede hinsichtlich der Ergebnisse fest. Der Anteil der Befragten, die diese Initiative als "wichtig" bezeichnen, reicht von 25% in Schweden bis 66% in Litauen und Irland: In 18 Mitgliedstaaten ist eine absolute Mehrheit der befragten Personen davon überzeugt, dass es sich hierbei um eine wichtige Initiative handelt.

2.2 Meinungen zu den Zielen von Europa 2020

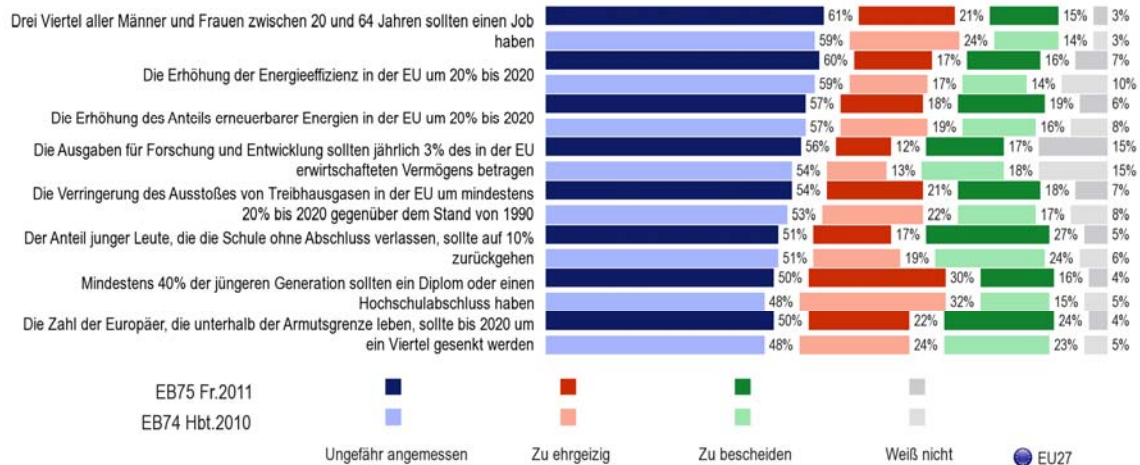
- Die Bürger haben inzwischen mehr Vertrauen, dass die Ziele erreicht werden können; eine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, die Ziele seien ungefähr angemessen -

Die europäischen Bürger bewerten die Zielvorgaben der Europäischen Kommission, mit denen die Strategie Europa 2020 gestaltet und anhand derer die Ergebnisse gemessen werden sollen, als angemessen: **Eine absolute Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass die acht Ziele von Europa 2020 "ungefähr angemessen" sind¹⁵.** Nachdem in der Zeit zwischen Frühjahr und Herbst 2010 rückläufige Zahlen festgestellt wurden, haben sich die Ergebnisse nunmehr - für sechs der Ziele -verbessert bzw. sind gleich geblieben.

¹⁵ QB2 Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Gleichzeitig ist der Anteil der Befragten, die die Ziele für zu ehrgeizig halten, für sieben von ihnen geringfügig zurückgegangen. **Die europäische öffentliche Meinung ist in zunehmendem Maße davon überzeugt, dass die Ziele realistisch sind.**

QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



Trotz dieser Verbesserungen ist der Anteil der Bürger, die der Meinung sind, dass die Ziele bis 2020 erreicht werden können, für sechs der acht Ziele nach wie vor niedriger als im Frühjahr 2010. Für die übrigen zwei Ziele liegt der Anteil der Bürger, die mit "ungefähr angemessen" antworten, auf demselben Niveau wie im Frühjahr 2010.

Wenn wir die Antworten detaillierter analysieren, können wir Folgendes feststellen:

Wirtschaftliche und soziale Ziele

- 61% der europäischen Bürger sind davon überzeugt, dass das Ziel, **drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben**, realistisch ist (+2 Punkte seit Herbst 2010), während 21% dieses Ziel für "zu ehrgeizig" (-3) und 15% für "zu bescheiden" halten (+1).
- 56% (+2) der befragten europäischen Bürger vertreten die Meinung, dass das Ziel, **die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen**, realistisch ist, während 12% erklären, es sei zu ehrgeizig (-1), und 17%, es sei zu bescheiden (-1).
- 50% der Befragten stimmen darin überein, dass das Ziel, **die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden**, realistisch ist (+2 Punkte), während 22% dieses Ziel als zu ehrgeizig (-2) und 24% als zu bescheiden einstufen (+1).

Ziele nachhaltiger Entwicklung

- 60% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass das Ziel, **die Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020 zu erhöhen**, realistisch ist (+1), während 17% erklären, es sei zu ehrgeizig (unverändert), und 16% , es sei zu bescheiden (+2). Der Anteil der Befragten, die mit "ungefähr angemessen" antworten, liegt genauso hoch wie im Frühjahr 2010.
- Das Ziel, **den Anteil erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020 zu erhöhen**, ist für 57% der europäischen Bürger realistisch (unverändert), während 18% die Meinung vertreten, es sei zu ehrgeizig (-1), und 19%, es sei zu bescheiden (+3).
- 54% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass das Ziel, **den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren**, realistisch ist (+1). 21% hingegen halten es für zu ehrgeizig (-1) und 18% für zu bescheiden (+1).

Die Anteile Befragter, die die Ansicht vertreten, die Ziele seien "zu bescheiden", sind für alle drei Ziele seit der vorherigen Umfrage rückläufig: Seitdem der wirtschaftliche Aufschwung in der EU an Fahrt gewinnt, sind die Ambitionen im Bereich nachhaltiger Entwicklung gestiegen.

Bildungsziele

- 51% der europäischen Bürger erklären, dass das Ziel, **der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen**, realistisch ist (unverändert), während 17% der Ansicht sind, dieses Ziel sei zu ehrgeizig (-2), und 27%, es sei zu bescheiden (+3).
- Schließlich wird das Ziel, dass **mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten**, von 50% der europäischen Bürger (+2 Punkte) als realistisch angesehen, während 30% es für zu ehrgeizig (-2) und 16% für zu bescheiden (+1) halten. Trotz des leichten Rückgangs dieser Werte handelt es sich hierbei - wie schon im Frühjahr und Herbst 2010 festzustellen war - um das Ziel, das die europäischen Bürger mit der höchsten Wahrscheinlichkeit als "zu ehrgeizig" bezeichnen.

Der Anteil der Befragten, die die Ansicht vertreten, dass die Ziele "zu bescheiden" seien, übersteigt bei vier der acht abgefragten Ziele den Anteil derjenigen, die sie für "zu ehrgeizig" halten. Im Herbst 2010 galt dies nur für zwei der Ziele. **Der Optimismus befindet sich im Aufwärtstrend und die europäischen Bürger sind mittlerweile in Bezug auf die Strategie Europa 2020 ehrgeiziger.**

Wir können in diesem Zusammenhang auf einige länderspezifische Entwicklungen aufmerksam machen:

Wie wir schon im Herbst 2010 feststellen konnten, sind die Befragten in Italien am ehesten davon überzeugt, dass die Ziele erreichbar sind: Der Anteil befragter Personen, die erklären, die Ziele seien "ungefähr angemessen", liegt zehn oder mehr Punkte über dem europäischen Durchschnitt.

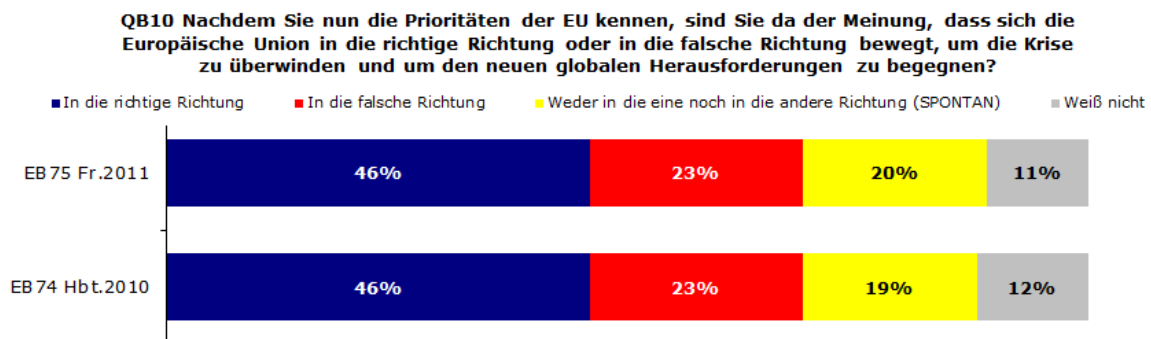
In Schweden ist ein deutlicher Wunsch nach einer Ausweitung der Europa 2020-Ziele festzustellen: Der Anteil der Befragten, die die Ziele als "zu bescheiden" einstufen, liegt für alle acht Ziele mindestens zehn Punkte über dem europäischen Durchschnitt. Auch in Belgien (dies gilt für sieben der acht Ziele) und Luxemburg (sechs der acht Ziele) liegt der Anteil befragter Personen, die die Ziele als "zu bescheiden" bewerten, mindestens zehn Punkte über dem europäischen Durchschnitt.

Zypern zeichnet sich durch den höchsten Anteil Befragter aus, die die Meinung vertreten, drei der Ziele seien "zu ehrgeizig". Wir weisen darauf hin, dass 58% der Befragten in Deutschland angeben, dass das Ziel, mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben, zu ehrgeizig sei. Im Vergleich hierzu liegt der europäische Durchschnitt bei 30%.

2.3 Bewegt sich die EU in die richtige Richtung?

- Nahezu die Hälfte der europäischen Bürger unterstützt die Strategie der EU, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen -

Die europäischen Bürger zollen der Europäischen Union Anerkennung für die Strategie, um die Krise zu überwinden und um den neuen Herausforderungen zu begegnen: Eine Mehrheit von ihnen ist überzeugt, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt (46%, unverändert seit Herbst 2010). Weniger als ein Viertel der befragten Personen vertritt die entgegengesetzte Meinung (23%, unverändert), während 20% (+1) *spontan* die Antwort "weder in die eine noch in die andere Richtung" geben¹⁶. Seit Herbst 2010 hat sich die europäische öffentliche Meinung diesbezüglich nicht verändert.



Zwischen den Mitgliedstaaten stellen wir hierzu erhebliche Unterschiede fest, auch wenn - unter Ausnahme von Griechenland - in allen Mitgliedstaaten der Anteil der Befragten, die erklären, die EU bewege sich "in die richtige Richtung", höher ist, als derjenige, die erklären, sie bewege sich "in die falsche Richtung". Wie schon im Herbst 2010 ist **eine klare Mehrheit von 46% (EU-Durchschnitt) oder mehr in 21 Mitgliedstaaten der Ansicht, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt: Die höchsten diesbezüglichen Anteile stellen wir in Schweden und Litauen (jeweils 66%), Finnland (63%), Estland und Bulgarien (62%) fest.**

Von der stabilen Meinungslage auf EU-Ebene abgesehen, haben sich auf nationaler Ebene bedeutende Veränderungen ergeben: Im Vereinigten Königreich hat sich die Wahrnehmung der Strategie Europa 2020 am positivsten entwickelt (49% sind der Ansicht, sie bewege sich "in die richtige Richtung", +12 seit Herbst 2010). Gleiches gilt für Zypern (57%, +11). Demgegenüber ist die positive Sichtweise in Polen (59%, -10) und der Slowakei (55%, -10) erheblich weniger weit verbreitet.

¹⁶ QB10 Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

Schlussfolgerungen

Die vorliegende Eurobarometer-Umfrage wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die erstmals im Herbst 2010 sichtbaren Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung deutlicher zutage traten. Auch wenn der generelle Trend der EU derzeit positiv ausfällt, beobachten wir in den Mitgliedstaaten, die mit einer fortdauernden Rezession und steigenden Arbeitslosenzahlen zu kämpfen haben, eine immer noch skeptische Haltung. Die sich aus 27 unterschiedlichen Meinungsbildern zusammensetzende gesamteuropäische öffentliche Meinung ist nach wie vor sehr gegensätzlich.

Aus der vorliegenden Umfrage ziehen wir folgende Schlussfolgerungen:

- ◆ **Die europäischen Bürger haben eine positivere Sichtweise der Krise;** damit setzt sich der Aufwärtstrend fort, seit diese Frage erstmals gestellt wurde. Auf nationaler Ebene allerdings hat sich die Kluft zwischen den Mitgliedstaaten, in denen die Bürger überzeugt sind, dass die Krise ihren Höhepunkt schon erreicht hat (14 Mitgliedstaaten), und jenen, in denen die Bürger erklären, das Schlimmste stehe noch bevor (13), seit Herbst 2010 vergrößert.
- ◆ **Seit die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, sind die europäischen Bürger zum fünften Mal in Folge der Ansicht, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf EU-Ebene am wirksamsten bekämpft werden können.** Die EU liegt diesbezüglich noch vor den nationalen Regierungen. Trotz der verhältnismäßig stabilen Ergebnisse stellen wir fest, dass der IWF einen Platz nach oben auf den dritten Platz gerückt und die G20 um einen Platz auf den vierten Rang zurückgefallen ist. In 17 Mitgliedstaaten liegt die EU auf dem ersten Platz.
- ◆ **Nahezu die Hälfte der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die Verbesserung von Bildung und beruflicher Weiterbildung grundlegend zur Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beiträgt.** Von geringfügig mehr als einem Drittel der Befragten werden die Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung sowie die Erleichterung der Gründung von Unternehmen als Initiativen gesehen, mit denen die europäische Wirtschaft gestärkt werden kann. Dies spiegelt die breite Zustimmung wieder, die die Bürger für die Maßnahmen und Ziele von Europa 2020 äußern.
- ◆ Die Maßnahmen, die derzeit innerhalb der europäischen Institutionen diskutiert werden und mit denen die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpft werden soll, werden von großen Mehrheiten der europäischen Bevölkerung als wirksam angesehen.

Diese Überzeugung hat seit Herbst 2010 geringfügig an Boden gewonnen und setzt somit den positiven Trend fort, der sich seit Januar 2009, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, bemerkbar gemacht hat.

- ◆ **Von den vorgeschlagenen Maßnahmen würden die Befragten insbesondere eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, sowohl innerhalb der EU als auch in der Eurozone, befürworten.**
- ◆ Darüber hinaus erwarten die europäischen Bürger von der EU, dass sie eine wichtigere Rolle bei der Bekämpfung der Krise und der Regulierung des weltweiten Finanzsystems übernimmt. Sie befürworten die verschiedenen Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang vorgeschlagen wurden.
- ◆ **Die europäischen Bürger vertreten die Ansicht, dass die Europäische Union seit Beginn der Krise wirksamer als die nationalen Regierungen oder die Vereinigten Staaten gehandelt hat.**

*

*

*

Die Strategie Europa 2020, mit der die europäische Wirtschaft für die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts gerüstet werden soll, wird von der europäischen Bevölkerung in hohem Maße unterstützt. Seit Herbst 2010 ist diese Unterstützung noch leicht angestiegen.

- ◆ **Alle sieben Initiativen der Europa 2020 Strategie werden von den europäischen Bürger als wichtig eingeschätzt,** wobei besonders häufig diejenigen Initiativen genannt werden, die auf die Unterstützung von Menschen abzielen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ebenso wie auf die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus. So wird in wachsendem Maß die Bedeutung für sechs der sieben Initiativen anerkannt.
- ◆ **Eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung ist davon überzeugt, dass die in der Strategie Europa 2020 festgelegten Ziele realistisch sind. Darüber hinaus sind die Anteile der Befragten, die diese Ziele für erreichbar halten, bei sechs von acht Zielen gestiegen oder sind unverändert geblieben.** Die Anteile der Befragten, die diese Ziele für zu ehrgeizig halten, sind bei sieben Zielen geringfügig gesunken.
- ◆ **Insgesamt erklärt nahezu die Hälfte der europäischen Bürger, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen.** Weniger als ein Viertel vertritt die entgegengesetzte Meinung. Diese Zahlen haben sich seit Herbst 2010 nicht verändert.

Technischer Hinweis

Zwischen dem 6. und dem 26. Mai 2011, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragemelle 75.3 durchgeführt.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 75 ist Teil der Umfragemelle 75.3 und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD-EUROBAROMETER 75 wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Kroatien, die Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.020	06/05/2011	24/05/2011	8.939.546
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.000	06/05/2011	16/05/2011	6.537.510
CZ	Tschechische Rep.	TNS Aisa	1.022	07/05/2011	20/05/2011	9.012.443
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.007	06/05/2011	23/05/2011	4.561.264
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.535	06/05/2011	22/05/2011	64.409.146
EE	Estland	Emor	1.000	06/05/2011	24/05/2011	945.733
IE	Irland	Ipsos MRBI	1.015	09/05/2011	22/05/2011	3.522.000
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	07/05/2011	21/05/2011	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.010	09/05/2011	24/05/2011	39.035.867
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.022	06/05/2011	24/05/2011	47.756.439
IT	Italien	TNS Infratest	1.039	06/05/2011	22/05/2011	51.862.391
CY	Zypern (Republik)	Synovate	501	06/05/2011	21/05/2011	660.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.007	06/05/2011	23/05/2011	1.447.866
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.026	07/05/2011	22/05/2011	2.829.740
LU	Luxemburg	TNS ILReS	501	06/05/2011	19/05/2011	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.019	06/05/2011	22/05/2011	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	06/05/2011	21/05/2011	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.016	06/05/2011	22/05/2011	13.371.980
		Österreichisches Gallup-				
AT	Österreich	Institut	1.018	06/05/2011	22/05/2011	7.009.827
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	07/05/2011	23/05/2011	32.413.735
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.048	07/05/2011	22/05/2011	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.023	06/05/2011	20/05/2011	18.246.731
SI	Slovenien	RM PLUS	1.018	06/05/2011	22/05/2011	1.759.701
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.010	10/05/2011	25/05/2011	4.549.955
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.003	07/05/2011	26/05/2011	4.440.004
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.044	06/05/2011	22/05/2011	7.791.240
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.309	06/05/2011	23/05/2011	51.848.010
TOTAL EU27			26.713	06/05/2011	26/05/2011	408.787.006
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	Kadem	500	07/05/2011	19/05/2011	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	07/05/2011	25/05/2011	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	06/05/2011	22/05/2011	54.844.406
	Ehemalige jugoslawische					
MK	Republik Mazedonien	TNS Brima	1.056	06/05/2011	12/05/2011	1.678.404
IS	Island	Capacent	500	06/05/2011	24/05/2011	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	1.000	07/05/2011	22/05/2011	492.265
TOTAL			31.769	06/05/2011	26/05/2011	469.946.984

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte